

Keine Blase in Sicht

Wohnungsmarkt. In München, Berlin und Hamburg sind die Wohnungspreise in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. Skeptiker halten dies für die Vorboten einer Immobilienkrise à la USA. Der deutsche Wohnungsmarkt ist jedoch noch weit von einer spekulativen Blase entfernt, wie eine Untersuchung des IW Köln zeigt. 

Hypothekendarlehen sind in Deutschland mit einem Zinssatz von derzeit 2,3 Prozent so günstig wie nie zuvor. Umgekehrt zahlen die Banken aufgrund des historisch niedrigen Leitzinses so gut wie keine Guthabenzinsen. Es ist also kein Wunder, dass die Nachfrage nach Wohneigentum groß ist – und die

Preise immer weiter steigen, gerade in den Großstädten (Grafik):

Im Jahr 2014 kostete eine Eigentumswohnung in München im Schnitt 47 Prozent mehr als 2010, in Berlin 41 Prozent, in Hamburg 39 Prozent.

Doch während sich frischgebackene Immobilienbesitzer noch über ihre Vermögensanlage mit vermeint-

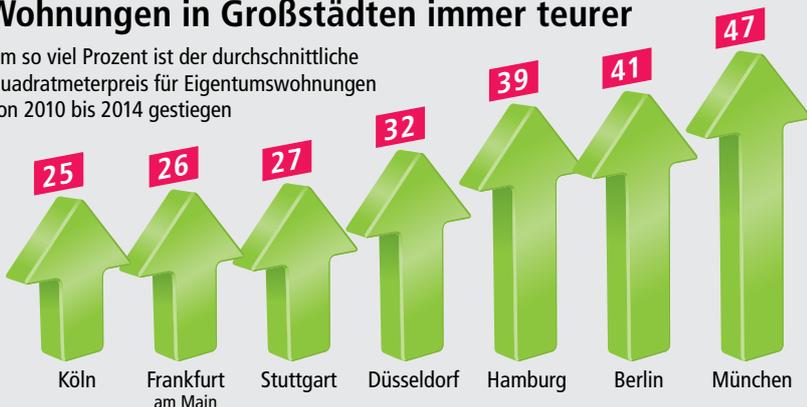
lich eingebauter Wertsteigerungsgarantie freuen, werden Skeptiker eher nervös: Die Situation in Deutschland erinnert sie an die Lage in den USA im Jahr 2007 und später auch in Spanien und Irland, kurz bevor die spekulative Blase auf den Immobilienmärkten platzte und in großem Stil Privatvermögen vernichtete. Noch heute leiden alle drei Länder unter den wirtschaftlichen Folgen.

Um herauszufinden, ob Deutschland etwas Vergleichbares blüht, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) alle Städte und Gemeinden auf ihre Blasengefahr hin untersucht. Ergebnis: Bis jetzt sind Eigentumswohnungen nicht überbewertet, denn ihre jährlichen Nutzungskosten liegen deutlich unter den Mieten – die Investition in eine Immobilie lohnt sich also weiterhin (Grafik Seite 2):

Für eine 100 Quadratmeter große Mietwohnung waren im Sommer 2014 im Bundesschnitt rund 8.000 Euro an Nettokaltmiete aufzubringen, für eine gleich große Eigentumswohnung fielen Kosten von 4.200 Euro an. →

Wohnungen in Großstädten immer teurer

Um so viel Prozent ist der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Eigentumswohnungen von 2010 bis 2014 gestiegen



Quelle: F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 11

Inhalt

Venture Capital. Der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften hat den Entwurf für ein Gesetz vorgelegt, das innovative junge Unternehmen voranbringen soll.
Seite 3

Pharmaindustrie. Die deutsche Pharmabranche entwickelt sich seit Jahren überdurchschnittlich dynamisch – und das nicht nur an ihren Hauptstandorten.
Seite 4-5

Klimaschutz. Ein globales Abkommen zum Schutz des Weltklimas wäre dringend notwendig, denn nationale Alleingänge helfen wenig und verzerren den Wettbewerb.
Seite 6-7

Informationstechnologie. Die Branche boomt. Daher ist der Arbeitsmarkt für Fachleute so gut wie leergefegt.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Um spekulative Blasen am Wohnungsmarkt zu identifizieren, vergleichen Ökonomen üblicherweise die Entwicklung der Mieten und Einkommen nur mit der Entwicklung der Wohnungspreise. Das Besondere am methodischen Ansatz des IW Köln ist, dass er alle laufenden Kosten von selbstgenutztem Eigentum berücksichtigt. Dazu gehören neben dem reinen Kaufpreis und der Grunderwerbssteuer:

- **Zinsen für die Immobilienkredite,**
- **entgangene Zinsen** aus einer alternativen Anlage des eingesetzten Eigenkapitals und
- **die Wertentwicklung** der Immobilien abzüglich der Reparaturausgaben und Abschreibungen.

Während die Mieten in den vergangenen Jahren relativ kontinuierlich gestiegen sind, schwankten die Kosten für Eigentümer deutlich: Von 2006 bis 2009 gingen Eigentumswoh-

nungen vor allem wegen der steigenden Zinsen immer kräftiger ins Geld. Ab 2010 wurde das Eigenheim dann wieder günstiger. 2014 lagen die Selbstnutzungskosten für eine 100-Quadratmeter-Wohnung um satte 43 Prozent unter jenen des Jahres 2009 – der Zinsrutsch hat den Anstieg der Wohnungspreise in dieser Zeit mehr als wettgemacht.

Das gilt selbst dann, wenn man nicht die jeweils aktuelle – derzeit besonders hohe – jährliche Wertsteigerung mit den Ausgaben verrechnet, sondern den moderaten Preisanstieg von 2005 bis 2010 zugrunde legt. Auch bei einer solch konservativ geschätzten Wertentwicklung wäre das Wohnen im Eigentum im Sommer 2014 mit gut 6.000 Euro im Jahr deutlich günstiger gewesen als das Wohnen zur Miete. Fazit: Ein weiterer Anstieg der Wohnungspreise in Deutschland wäre durchaus

gerechtfertigt und ließe nicht auf eine spekulative Blase schließen.

Auch regional betrachtet ist der deutsche Wohnungsmarkt weitgehend gesund. Lediglich in den bayerischen Städten Rosenheim und Kempten im Allgäu sowie in den Landkreisen Miesbach und Aichach-Friedberg ist Eigentum inzwischen kostspieliger als Mieten. Der Unterschied beträgt allerdings weniger als 10 Prozent.

Die Gretchenfrage lautet nun: Bleibt die Lage auch dann so entspannt, wenn die extrem niedrigen Kreditkosten wieder steigen? Eine Antwort ergibt sich, wenn man an der hypothetischen Zinsschraube dreht. Hätten die Zinsen für Immobilienkredite ab dem Jahr 2010 konstant bei 4 Prozent gelegen, würden die Kosten für selbstgenutztes Eigentum die Mietkosten im Bundeschnitt gerade einmal um 5 Prozent übersteigen. Ein flächendeckender Verfall der Wohnungspreise wäre infolgedessen kaum zu erwarten.

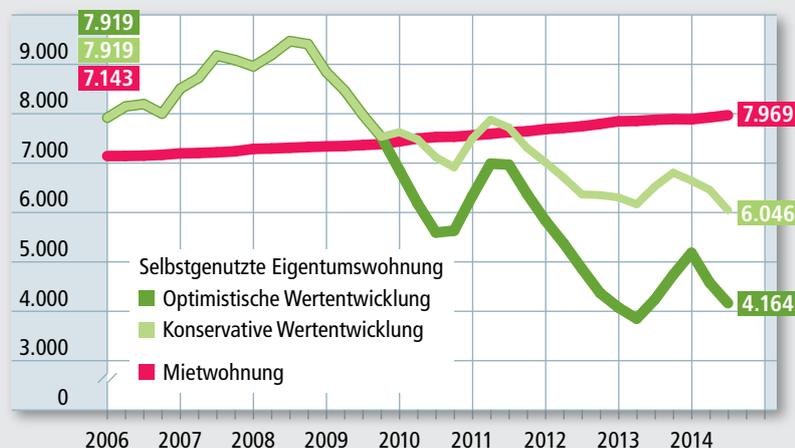
Für die Großstädte ist ebenfalls Entwarnung angesagt: Durch den Einwohnerzuwachs klettern die Mieten parallel zu den Preisen, was die Gefahr einer spekulativen Blase dämmt. In München würden die Kosten von Eigentumswohnungen jene von Mietwohnungen erst dann um 10 Prozent übertreffen, wenn die Zinsen auf mehr als 3 Prozent stiegen. Für Berlin, Frankfurt am Main, Köln und Hamburg liegt der blasenkritische Zinssatz sogar bei mehr als 4 Prozent.

Eigentumswohnung: Günstiger als Mieten

Durchschnittliche jährliche Kosten einer 100 Quadratmeter großen Wohnung in Euro

Selbstgenutzte Eigentumswohnung: Die Kosten ergeben sich aus der Finanzierung des Kaufpreises plus der Grunderwerbssteuer, setzen sich also zusammen aus den Zinsen und der Tilgung von Krediten, den entgangenen Zinsen aus einer alternativen Anlage des eingesetzten Eigenkapitals sowie den Instandsetzungskosten und Abschreibungen, verrechnet mit der jährlichen Wertentwicklung der Wohnung.

Mietwohnung: Durchschnittliche Nettokaltmiete in Deutschland



Durchschnittliche jährliche Kosten: Für den bundesweiten Durchschnitt wurden die Ergebnisse auf Kreisebene bevölkerungsgewichtet; selbstgenutzte Eigentumswohnung: optimistische Wertentwicklung auf Basis des jeweils aktuellen Anstiegs der Wohnungspreise, konservative Wertentwicklung ab 2010 auf Basis des durchschnittlichen Anstiegs der Wohnungspreise von 2005 bis 2010
 Quellen: F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, IW Köln

Mehr Mut zum Risiko

Venture Capital. Mit der Finanzierung innovativer junger Unternehmen tut sich Deutschland schwer. Damit mehr Wagniskapital fließen kann, hat die Große Koalition zwar bessere Rahmenbedingungen vereinbart, aber noch nicht umgesetzt. Deshalb legt der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) nun einen eigenen Gesetzentwurf vor.

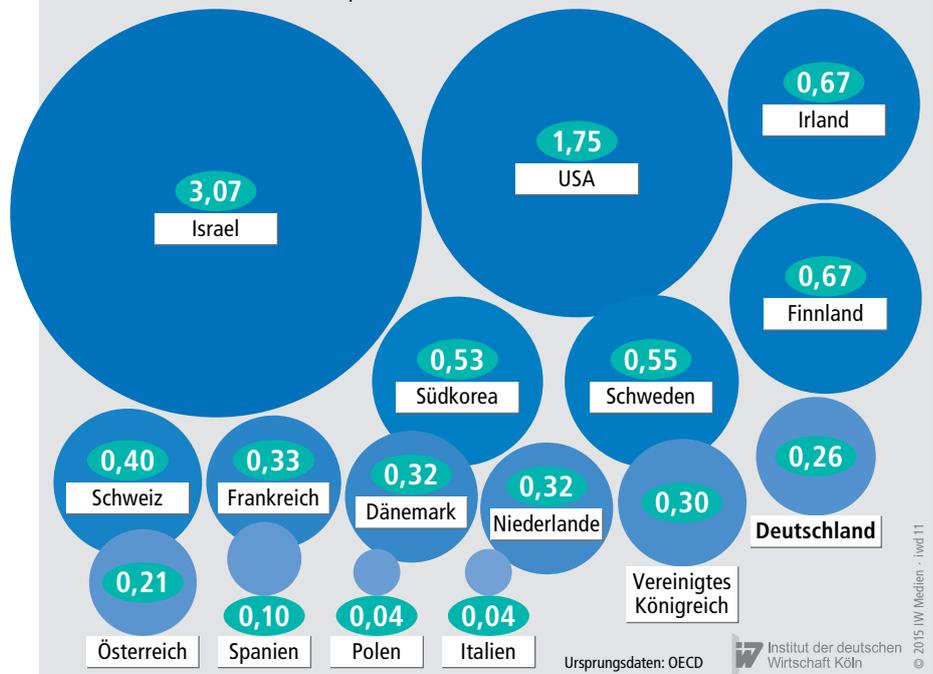
Unternehmensgründungen sind immer ein Risiko – insbesondere in den Hightech-Industrien. Traditionelle Finanzierungsinstrumente stoßen da schnell an ihre Grenzen, denn Bankkredite werden schon wegen des höheren Ausfallrisikos kaum vergeben. Stattdessen ist Wagniskapital (Venture Capital) gefragt: Das ist außerbörsliches Beteiligungskapital, das in Form von voll haftendem Eigenkapital oder auch als Wandelanleihe in das Unternehmen eingebracht wird. In Deutschland ist Venture Capital allerdings eher Mangelware (Grafik):

Im Jahr 2013 machte das gesamte Risikokapital nicht einmal 0,3 Promille des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus – beim Spitzenreiter Israel war es fast zwölfmal so viel.

Um dies zu ändern und das wirkungslose „Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen“ aus dem Jahr 2008 abzulösen, haben die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag zwar ein neues Venture-Capital-Gesetz verankert. Da bislang aber nichts passiert ist, hat der BVK nun einen eigenen Entwurf vorgelegt. Die Vorschläge haben drei Zielgruppen im Blick:

Venture Capital: In Deutschland wenig verbreitet

Risikoreiche Investitionen in neu gegründete oder junge Hightech-Unternehmen machten 2013 so viel Promille des Bruttoinlandsprodukts aus



Start-ups. Für junge Unternehmen soll es zum einen eine Forschungsprämie geben, um Innovationen anzuregen. Zum anderen sind Steuervorteile vorgesehen, etwa eine Begünstigung von Einnahmen aus geistigem Eigentum, wie sie Großbritannien mit der Patentbox praktiziert (vgl. iwd 47/2014). Zudem sollen Verlustvorträge wie in anderen Ländern auch bei einem Wechsel der Anteilseigner erhalten bleiben.

Venture-Capital-Fonds. Die Rahmenbedingungen für Gesellschaften, die Kapital einsammeln und an Start-ups weitergeben, sollen an jene Regeln angepasst werden, die in anderen europäischen Ländern üblich sind. Dazu gehört zum Beispiel, die Managementleistungen der Fonds von der Umsatzsteuer zu befreien und für mehr steuerliche Rechtssicherheit dieser Fonds zu sorgen.

Investoren. Um die Attraktivität von Investitionen in risikoreiche Start-ups zu erhöhen, muss es unter anderem möglich sein, Veräußerungsgewinne direkt in eine Neuinvestition zu übertragen. Die Besteuerung würde dann erst bei einem endgültigen Verkauf einer Beteiligung anfallen. Internationale Erfahrungen zeigen, dass eventuelle anfängliche Steuerausfälle durch das Wachstum des Hochtechnologisektors mehr als ausgeglichen werden.

Mit dem BVK-Konzept liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, der entscheidende Anreize für mehr Wagniskapital setzt. So könnte Deutschland im Wettbewerb um Hochtechnologiegründungen und innovative Investitionen bestehen und langfristig die negativen Folgen des demografischen Wandels für Wachstum und Wohlstand kompensieren.

Auf Wachstumskurs

Pharmaindustrie. Sie gehört zu den innovativsten Branchen Deutschlands und bietet mehr als 110.000 Beschäftigten einen Arbeitsplatz. Die Pharmaindustrie entwickelt sich seit Jahren überdurchschnittlich gut – und das nicht nur an ihren Hauptstandorten in Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Die Pharmaindustrie ist ein Spitzentechnologiesektor und verbucht seit Jahren – unabhängig vom konjunkturellen Auf und Ab – ein überdurchschnittliches Wachstum (Grafik Seite 5):

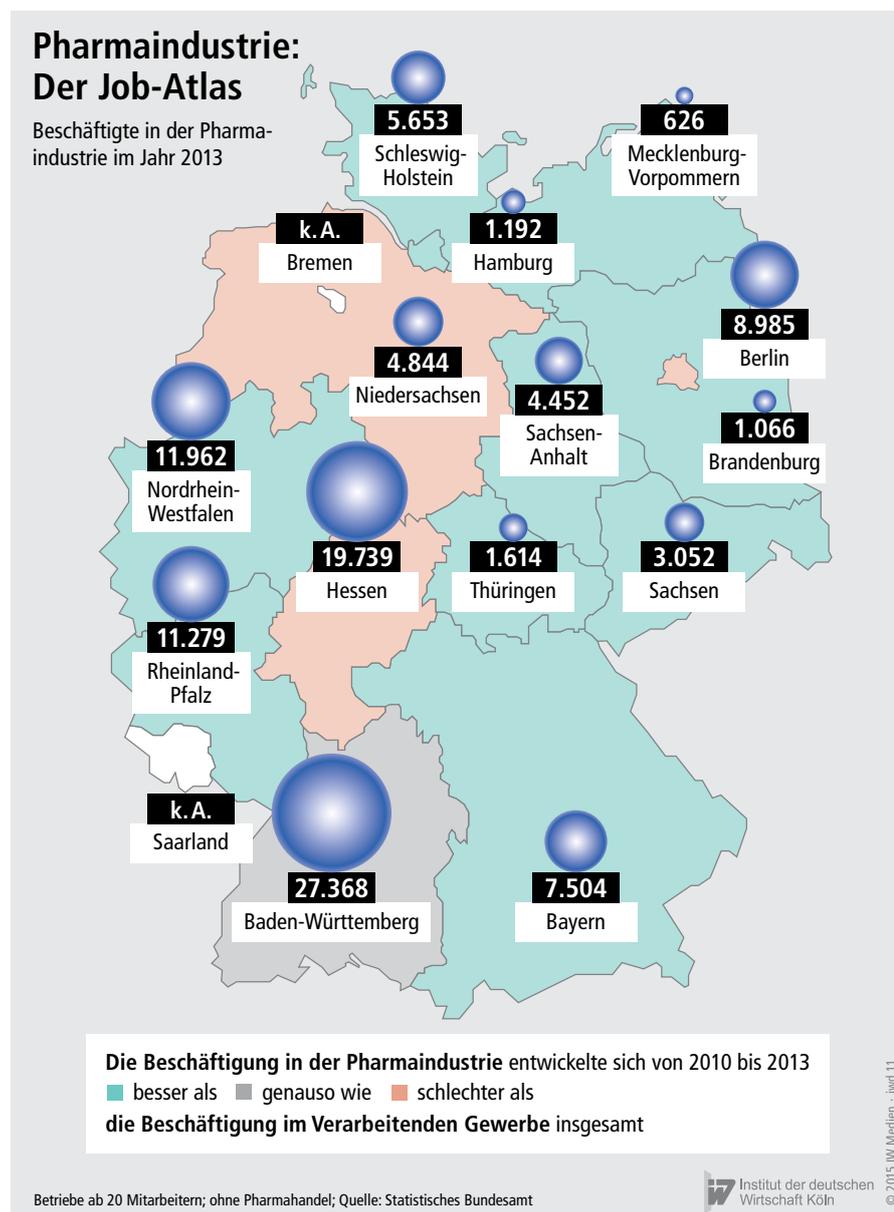
Im Jahr 2013 erzielte die deutsche Pharmaindustrie einen Umsatz von mehr als 43 Milliarden Euro – jeder Pharmabeschäftigte erwirtschaftete demnach im Durchschnitt beachtliche 394.000 Euro.

Das Auslandsgeschäft machte im Jahr 2013 zwei Drittel des Umsatzes aus. Gleichzeitig investierte die Pharmaindustrie in Deutschland 1,3 Milliarden Euro in Gebäude, Maschinen und Anlagen.

Zwar erreichte die Pharmaindustrie 2013 ein ordentliches Umsatzplus von 3,4 Prozent, für ihre Verhältnisse verlief das Jahr trotzdem eher durchwachsen. Zum einen verharrete die Beschäftigung auf Vorjahresniveau. Zum anderen wuchs der Auslandsumsatz nur um 3,2 Prozent – 2012 hatte der Anstieg noch nahezu 9 Prozent betragen.

Ganz anders dagegen der Inlandsmarkt. Hier stieg der Umsatz 2013 um fast 4 Prozent. Dies ist ein ungewöhnlich guter Wert, denn der Inlandsabsatz war seit Beginn dieses Jahrzehnts kontinuierlich zurückgegangen. Das lag unter anderem an staatlichen Regulierungen wie Zwangsrabatten, Preismoratorien und der Einführung des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes.

In einigen Teilen Deutschlands ist die Pharmaindustrie besonders stark vertreten (Grafik). Sie ballt sich in den Gebieten an Rhein, Ruhr und Main sowie im Großraum Berlin. Dies hat vor allem historische Gründe – Bayer zum Beispiel produziert schon seit 150 Jahren an Standorten in Nordrhein-Westfalen (NRW). Wie die chemischen Unternehmen waren auch die pharmazeutischen Betriebe ursprünglich auf Flusslagen angewiesen, die für den Transport ebenso wichtig waren wie für den Produktionsprozess selbst. Ein weiterer Vorteil dieser gewachsenen Ballungsräume liegt darin, dass sie



eng an andere forschungsintensive Industrien angebunden sind. So finden sich in der Nähe zumeist auch viele Firmen der Chemiebranche, des Maschinenbaus und der Biotechnologie sowie hochqualifizierte Arbeitskräfte (vgl. iwd 41/2014).

In den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz arbeiten fast drei Viertel aller Pharmabeschäftigten Deutschlands.

Spitzenreiter ist Baden-Württemberg: Jeder vierte Pharmabeschäftigte Deutschlands ist hier angestellt. Es folgt Hessen mit einem Anteil von 18 Prozent vor NRW mit 11 Prozent der Pharmabeschäftigten.

Beim Umsatz sind Baden-Württemberg und Hessen ebenfalls eine Klasse für sich – zusammen erwirtschafteten sie 2013 fast die Hälfte des gesamten deutschen Pharmaumsatzes. Allein die hessischen Unternehmen zeichneten mit 11,8 Milliarden Euro für 27 Prozent des Umsatzes der deutschen Pharmabranche verantwortlich.

Auch im Vergleich zu anderen Industriebranchen hat sich die Pharmaindustrie in Deutschland überdurchschnittlich gut entwickelt: Während die Pharmabeschäftigung von 2010 bis 2013 um 6,6 Prozent zulegte, schaffte das Verarbeitende Gewerbe insgesamt lediglich ein Plus von etwas mehr als 5 Prozent.

Allerdings verteilt sich das Wachstum der Pharmaindustrie recht unterschiedlich auf die fünf großen Standorte. Die Beschäftigung in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wuchs von 2010 bis 2013 um gut 4 Prozent oder 3.300 Mitarbeiter. Berlin verzeichnete dabei als einziges Bundesland einen Rückgang. Hessen lieferte mit einem

Beschäftigungswachstum von 3 Prozent zwar das zweitschwächste Ergebnis – die hier geschaffenen 580 neuen Arbeitsplätze entsprechen jedoch fast der gesamten Beschäftigungszahl am Pharmastandort Mecklenburg-Vorpommern, dem kleinsten Deutschlands. Den größten Beschäftigungsschub gab es in Rheinland-Pfalz – die dortigen Pharmaunternehmen beschäftigten 2013 rund 13 Prozent mehr Mitarbeiter als noch drei Jahre zuvor.

Im Osten der Bundesrepublik ist die pharmazeutische Industrie mit insgesamt 11.000 Beschäftigten bislang vergleichsweise schwach vertreten, holt aber stetig auf: Im Zeitraum 2010 bis 2013 ist die Zahl der Mitarbeiter um mehr als 18 Prozent gestiegen, es wurden knapp 1.700 neue Arbeitsplätze geschaffen.

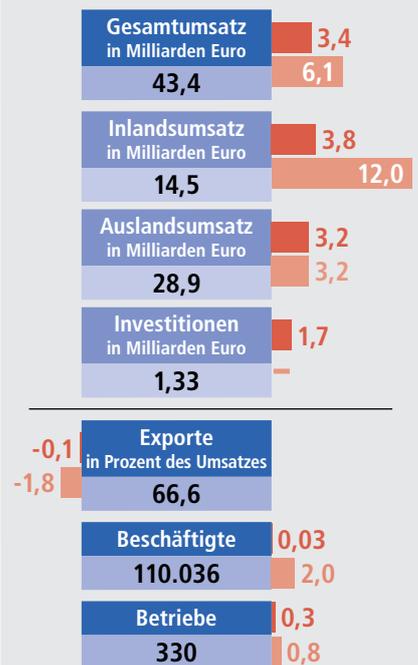
Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen sind zwar die kleinsten Pharmastandorte Deutschlands. Dennoch ist die pharmazeutische Industrie in diesen Bundesländern überdurchschnittlich dynamisch: Zum einen wachsen diese Standorte seit 2010 deutlich stärker als die deutsche Pharmaindustrie insgesamt. Zum anderen entwickelte sich die Pharmabeschäftigung besser als die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe.

Die weiteren Aussichten für die deutschen Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen sind ebenfalls gut: Weltweit wird die Nachfrage nach Pharmaprodukten und Medizintechnik in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Die Bevölkerung in den Industrieländern wird immer älter, die Weltbevölkerung wächst und steigende Einkommen ermöglichen eine bessere medizinische Versorgung. Vor allem die Absatzmärkte in bevölkerungs-

Pharmaindustrie in Zahlen

Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen im Jahr 2013

- Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
- Veränderung I. bis III. Quartal 2014 gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent



Umsatz je Beschäftigten im Jahr 2013 in 1.000 Euro

Pharmazeutische Industrie	394,0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	291,3

Beschäftigte und Betriebe: ab 20 Mitarbeitern; Exporte in Prozent des Umsatzes; Veränderung in Prozentpunkten; Veränderung I. bis III. Quartal 2014: nur Betriebe ab 50 Mitarbeitern; Verarbeitendes Gewerbe: inklusive Bergbau; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 11 - Foto: Albert Christian - MEV

reichen Entwicklungs- und Schwellenländern wie China und Indien werden deutlich zulegen. Vor diesem Hintergrund ist der gerade gestartete Pharma-Dialog zwischen der Bundesregierung und den Arzneimittelherstellern in Deutschland ein wichtiger Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Arzneimittelforschung, -entwicklung und -produktion auch in Zukunft zu sichern.

Letzte Ausfahrt Paris?

Klimaschutz. Im November wird die Staatengemeinschaft in Paris erneut versuchen, ein globales Abkommen zum Klimaschutz festzuzurren. Das wäre auch dringend notwendig, denn nationale Alleingänge helfen dem Weltklima wenig – und Vorreiter wie Deutschland riskieren Nachteile im internationalen Wettbewerb.

So viel ist sicher: Um den Klimawandel zu stoppen, gilt es, die Emissionen von Treibhausgasen so stark wie möglich zu begrenzen – vor allem jene des klimaschädigenden Kohlendioxids (CO₂), das insbesondere bei der Erzeugung von Energie entsteht.

Klar ist auch, dass das Klima eine globale Angelegenheit ist – und daher nur mit weltweiten Anstrengungen geschützt werden kann. Doch genau daran hapert es. Seit 1992 unter dem Dach der Vereinten Nationen die Klimarahmenkonvention verabschiedet wurde, haben nur wenige Staaten mit dem CO₂-Sparen Ernst gemacht.

Zwar war das Abkommen von Kyoto im Jahr 1997 ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Industriestaaten sicherten damals zu, ihre Produktion von Treibhausgasen bis zum Zeitraum 2008 bis 2012 um mindestens gut 5 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. Die EU verpflichtete sich auf eine Minderung um insgesamt 8 Prozent, Deutschland wollte sogar 21 Prozent einsparen. Große Emittenten wie die USA und China machten bei „Kyoto I“ allerdings nicht mit.

In den Folgejahren gab es immer wieder Anstrengungen, mehr Länder zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Klimawandel zu bewegen. Doch weder 2009 in Kopenhagen noch 2010 in Cancun oder 2011 in

Durban waren die Klimagipfel in puncto Einsparziele erfolgreich.

In Doha musste 2012 schließlich ein Minimalkonsens genügen: Das Kyoto-Protokoll wurde mit neuen Sparvorgaben bis 2020 verlängert – aber nur mit erheblichen Abstrichen. So ist Kanada bei „Kyoto II“ gar nicht mehr dabei, Russland, Japan und Neuseeland wollten sich auf keine weiteren Reduktionsziele einlassen.

Dass die bisherigen Abkommen für einen wirksamen Klimaschutz nicht ausreichen, zeigt ein Blick auf die Entwicklung des weltweiten CO₂-Ausstoßes, der von 2002 bis 2013 um 30 Prozent gestiegen ist. In

einigen großen Schwellenländern war der Zuwachs sogar noch viel höher (Grafiken):

In China stiegen die CO₂-Emissionen von 2002 bis 2013 um 167 Prozent – so stark wie in keinem anderen Land. Die zweitgrößte Zunahme verzeichnete Indien mit 85 Prozent.

Die USA und die EU dagegen haben ihren Kohlendioxidausstoß seit Beginn der 1990er Jahre um jeweils fast 10 Prozent reduziert.

Diese gegenläufigen Trends haben dazu geführt, dass China seit 2005 der größte Emittent von CO₂ ist:

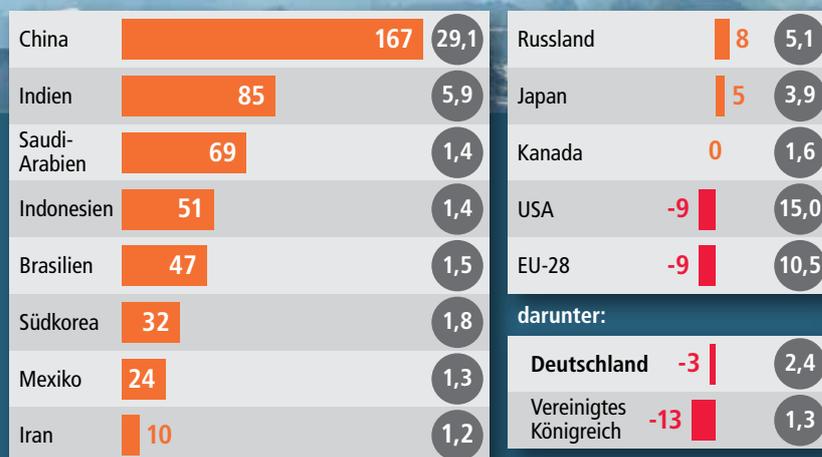
Mit rund zehn Milliarden Tonnen entfielen im Jahr 2013 fast 30 Prozent der globalen CO₂-Emissionen auf das Reich der Mitte – die zweitplatzierten USA kamen „nur“ noch auf etwas mehr als fünf Milliarden Tonnen beziehungsweise 15 Prozent.

Mit Indien und Russland gehören inzwischen zwei weitere Schwellen-

Kohlendioxid-Emissionen: Viele Sünder

Daten für die Länder mit den höchsten Emissionen im Jahr 2013 in Prozent

■ Veränderung des CO₂-Ausstoßes von 2002 bis 2013 ■ Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahr 2013



Ursprungsdaten: Datenbank EDGAR (Emission Database for Global Atmospheric Research)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Wd 11 - Foto: eyestronic - Fotolia.com

länder zu den größten Treibhausgasproduzenten. Doch gerade die aufstrebenden Länder pochen in den Verhandlungen über den Klimaschutz auf ihr Recht, sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Damit rechtfertigen die Schwellenländer auch höhere CO₂-Emissionen.

Die Vorzeichen für den kommenden Gipfel in Paris sind also alles andere als günstig. In der französischen Hauptstadt soll im November endlich ein Abkommen verabschiedet werden, das alle Länder bis 2030 zum Kampf gegen den Klimawandel verpflichtet. Doch bislang zeigen sich die Verhandlungspartner sehr unterschiedlich engagiert:

Die EU-Staaten haben schon zugesagt, ihre Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Die USA versprechen eine Verringerung um 26 bis 28 Prozent gegenüber 2005. China will seine CO₂-Emissionen zwar ebenfalls senken – aber erst nach 2030.

Von einer einheitlichen Linie sind die Staaten also noch weit entfernt.

Nun soll jedes Land erst einmal formlos melden, was es gegen den Klimawandel zu tun gedenkt.

Echte Fortschritte beim Klimaschutz kann es jedenfalls nicht geben, solange sich viele Länder nicht beteiligen. Hinzu kommt: In jenen Staaten, die Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen, entstehen den Unternehmen in der Regel zusätzliche Kosten, die ihre Konkurrenten anderswo nicht zu tragen haben. Die Folge sind Wettbewerbsnachteile, die im schlimmsten Fall zur Abwanderung größerer Firmen ins Ausland führen – wo sie mit höheren Emissionen weiterproduzieren.

Dies kümmert die Bundesregierung anscheinend wenig – allzu groß ist der Wunsch, Deutschland als Musterschüler in Sachen Klimaschutz zu präsentieren. Und so hat der Bund die EU-Vorgabe, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 32 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, auf 40 Prozent hochgeschraubt.

Weil nach heutigem Stand aber nur ein Abbau um 32 bis 34 Prozent

Emissionshandel

Seit 2005 werden die CO₂-Emissionen der EU-Staaten sowie Norwegens, Islands und Liechtensteins über das europäische Emissionshandelssystem gedeckelt. Einbezogen sind die Energiewirtschaft, der Luftverkehr sowie Teile der Industrie und damit insgesamt rund 45 Prozent aller Treibhausgas-Emissionen der EU. Kernstück des Systems sind Zertifikate, die jeweils zur Emission von einer Tonne CO₂ berechtigen. Deren Preis bildet sich durch den Handel am Markt. Die Zahl der Zertifikate wurde 2010 auf rund 2,2 Milliarden festgesetzt und wird seitdem um 1,74 Prozent pro Jahr reduziert. Dadurch sinkt der CO₂-Ausstoß bis 2020 gegenüber 2005 um 21 Prozent.

Ab 2021 soll die Zertifikatsmenge sogar um 2,2 Prozent pro Jahr verringert werden. Weil aber der Zertifikatspreis 2014 aufgrund der schwachen Konjunktur in Europa zeitweise auf weniger als 5 Euro je Tonne CO₂ gefallen ist, hält die EU-Kommission bereits heute 900 Millionen Zertifikate vorläufig zurück und plant weitere Reformen.

realistisch ist, hat das Bundesumweltministerium eilig ein zusätzliches Aktionsprogramm erstellt. Demnach soll auch der Stromsektor weitere 22 Millionen Tonnen CO₂ einsparen.

Das bringt jedoch nicht viel. Denn die Emissionen im Energiebereich sind über den Emissionshandel bereits gedeckelt (Kasten). Jede Tonne Treibhausgas, die Betriebe in Deutschland einsparen, wird anderswo in der EU wieder hinausgepustet.

Wird das Aktionsprogramm dennoch wie geplant umgesetzt, müssen die deutschen Stromkunden wohl einmal mehr draufzahlen. Denn die neuen Sparziele ließen sich vermutlich nur erreichen, wenn günstige Kohlekraftwerke durch teurere Technologien ersetzt würden.

Klimaschutz: Viele Verweigerer

So viele Millionen Tonnen Kohlendioxid stießen die Länder mit den höchsten Emissionen im Jahr 2013 aus

■ Verpflichtung eingegangen, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 gemäß Kyoto-II-Protokoll zu reduzieren

China	10.281	nein	Japan	1.361	nein
USA	5.298	nein	Südkorea	627	nein
EU-28	3.709	ja	Kanada	551	nein
darunter:			Brasilien	512	nein
Deutschland	845	ja	Indonesien	487	nein
Vereinigtes Königreich	475	ja	Saudi-Arabien	479	nein
Indien	2.072	nein	Mexiko	475	nein
Russland	1.803	nein	Iran	407	nein

Kyoto-II-Protokoll: In Doha wurde 2012 die Verlängerung des Kyoto-Protokolls beschlossen, das die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um insgesamt 18 Prozent zu reduzieren
 Ursprungsdaten: Datenbank EDGAR (Emission Database for Global Atmospheric Research)

Nachwuchs- sorgen

Informationstechnologie. Die Branche boomt – entsprechend entwickelt sich der Arbeitsmarkt für Fachleute.

Das diesjährige Motto der CeBIT lautet d!conomy. Es soll darauf hinweisen, wie stark Wirtschaft und Gesellschaft inzwischen von der Informationstechnologie (IT) durchdrungen sind. Warenströme lassen sich heute weltweit mit RFID-Chips nachvollziehen. Viele Alltagsaufgaben wie das Boarding von Flügen erledigt man längst mithilfe des Smartphones. Und vom Internet der Dinge über die Industrie 4.0 bis zu Big Data mangelt es der IT-Branche auch nicht an Zukunftsthemen.

Insofern verwundert es nicht, dass die Unternehmen händeringend nach Mitarbeitern mit entsprechenden Qualifikationen suchen. Doch der Arbeitsmarkt ist so gut wie leergefegt (Tabelle).

Mit Arbeitslosenquoten von jeweils weniger als 3 Prozent bei akade-

IT-Berufe: Arbeitslosigkeit kein Thema

Arbeitslosenquoten im Januar 2015 in Prozent

■ Akademische IT-Berufe ■ IT-Berufe der Aufstiegsfortbildung

Baden-Württemberg	1,7	1,9
Rheinland-Pfalz/Saarland	2,0	2,6
Bayern	2,1	2,0
Hessen	2,3	2,5
Niedersachsen/Bremen	2,6	2,8
Sachsen-Anhalt/Thüringen	2,7	3,1
Nordrhein-Westfalen	3,0	3,3
Hamburg/Schleswig-Holstein/ Mecklenburg-Vorpommern	3,1	3,4
Sachsen	3,3	3,1
Berlin/Brandenburg	4,4	5,7
Deutschland	2,5	2,9



Arbeitslosenquoten auf Basis der Erwerbstätigen des Jahres 2012; IT-Berufe der Aufstiegsfortbildung: z.B. Industriesystemtechniker, Netzwerkadministrator und Systemprogrammierer; Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Forschungsdatenzentrum des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw11 - Foto: kjekol - Fotolia.com

mischen IT-Jobs und IT-Berufen der Aufstiegsfortbildung herrscht faktisch Vollbeschäftigung.

In den südlichen Bundesländern sind die Arbeitsmarktchancen geradezu exzellent. So liegt die Arbeitslosenquote für akademische IT-Berufe in Baden-Württemberg bei lediglich 1,7 Prozent.

Nicht ganz so gut sieht es bei den fachlich ausgerichteten IT-Tätigkeiten aus, zu denen beispielsweise Ausbildungsberufe in der Medieninformatik zählen. Hier gibt es derzeit genügend Fachkräfte, die Webseiten gestalten und programmieren, multimediale Inhalte einbetten und Endanwender bei der Installation von Software unterstützen. Ein Grund dafür:

Viele Umschulungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit fallen in diesen IT-Bereich und sorgen für ein hohes Arbeitskräfteangebot.

Bei den IT-Ausbildungsberufen liegt die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt deshalb mit 6,2 Prozent nur geringfügig unter der allgemeinen Arbeitslosenquote.

Ein großes Problem für die Fachkräftesicherung ist die weiterhin sehr geringe Zahl von Frauen im IT-Bereich. In den Aufstiegsfortbildungsberufen ist gerade einmal jede siebte Stelle von einer Frau besetzt, in den akademischen IT-Berufen sogar nur jede neunte. Offenbar fehlt den zahlreichen Programmen zur Förderung des weiblichen Nachwuchses noch der durchschlagende Erfolg – der auch aus einem anderen Grund wünschenswert wäre: Gäbe es im IT-Bereich mit seinen attraktiven Gehältern mehr Frauen, würde dies dazu beitragen, den gesamtwirtschaftlichen Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen zu verringern.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
(verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann,
Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.